

15.12.2017

Neudruck

## Kleine Anfrage 624

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

### „Brexit“ – Unterstützt die Landesregierung die Strafpläne der Bundesregierung?

Der Ausschuss für Europa und Internationales traf im Rahmen einer Brüsselreise von 6. bis 8. Dezember 2017 mit Vertretern verschiedener Dienststellen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen. Alle Fraktionen des Landtags waren mit mindestens einem Vertreter vor Ort.

Während des Besuchs der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union referierte R. M., Leiter der Abteilung Finanzpolitik, über das Thema Brexit. Dabei brachte er einige bemerkenswerte Dinge zur Sprache:

- Der Brexit dürfe „kein Erfolgsmodell“ werden.
- Man werde die Briten mit jeder Idee, mit jedem Kompromissvorschlag „komplett nach Hause schicken“.
- Die Verhandlungen über den Brexit sollen nicht erleichtert werden.

Ein Vertreter der CDU im Ausschuss äußerte im Rahmen derselben Diskussion, dass man die Briten „in die Defensive drängen“ müsse. Auch die übrigen Teilnehmer aus den Regierungsfractionen äußerten sich zustimmend oder zumindest gleichgültig.

Während eines Abendessens referierte der Leiter des WDR-Hörfunkstudios Brüssel, R. S. ebenfalls zum Brexit. Auch er äußerte sich abfällig über Großbritannien und verstieg sich sogar zu der Aussage, man müsse diese jetzt erziehen „wie in der Behindertenpädagogik“. Widerspruch aus den Reihen der anwesenden Abgeordneten erhob sich nicht.

CDU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag die besonderen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zum Vereinigten Königreich betont. Wörtlich heißt es:

*„Die Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien ist heute – nach dem Brexit – wichtiger denn je. Wir werden die engen und vertrauensvollen Beziehungen zu Großbritannien deshalb weiter pflegen und intensivieren.“*

Datum des Originals: 13.12.2017/Ausgegeben: 22.12.2017 (19.12.2017)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung ebenfalls der Auffassung, man müsse an den Briten ein Exempel statuieren und ihnen möglichst ungünstige Austrittsbedingungen auferlegen, um andere EU-Mitgliedstaaten davon abzuhalten, dem Beispiel des Brexit zu folgen?
2. Falls die Landesregierung nicht dieser Auffassung ist, wie macht sie ihren Einfluss geltend, um faire Austrittsbedingungen zu erwirken?
3. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es einen Zugang zum europäischen Binnenmarkt nur geben kann, wenn gleichzeitig vollständige Personenfreizügigkeit gewährt wird?
4. Das Vereinigte Königreich ist nach den Vereinigten Staaten und Frankreich das dritt wichtigste Exportland für die deutsche Wirtschaft. Ist die Landesregierung gewillt, negative Auswirkungen auf den Zugang zu diesem Markt in Kauf zu nehmen, nur um die Dogmen der bisherigen EU-Politik (z.B. Personenfreizügigkeit) durchzusetzen?
5. Wie bewertet die Landesregierung die oben zitierten Aussagen grundsätzlich?

Sven W. Tritschler